



Monitoring-Bericht IKT-Strategie der Bundesregierung „Deutschland Digital 2015“ zum 6. Nationalen IT-Gipfel

1. Monitoring der IKT-Strategie

Im November 2010 hat die Bundesregierung die IKT-Strategie „Deutschland Digital 2015“ verabschiedet. Diese Strategie bildet das Dach für die IKT-Politik der Bundesregierung, unter dem die Ressorts ihre Maßnahmen und Projekte planen und umsetzen.

Die Aufgaben, Maßnahmen und Projekte sind darauf ausgerichtet,

- die Wettbewerbsfähigkeit durch Einsatz von IKT in allen Abschnitten des Wirtschaftsprozesses zu stärken,
- digitale Infrastrukturen und Netze auszubauen, um den künftigen Anforderungen gerecht zu werden,
- die Schutz- und Individualrechte der Nutzer im Internet und bei der Nutzung neuer Medien zu gewährleisten,
- Forschung und Entwicklung im IKT-Bereich auszubauen und die schnellere Umsetzung von F&E-Ergebnissen in marktfähige Produkte und Dienstleistungen zu fördern,
- Aus-, Fort- und Weiterbildung und die Kompetenzen der Menschen für die Nutzung neuer Medien zu stärken sowie

- IKT bei der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen, u. a. Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Gesundheit, Mobilität, Verwaltung und Verbesserung der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger konsequent zu nutzen.

Die Strategie sieht die Einrichtung eines Monitorings vor, dessen Ergebnisse veröffentlicht werden.

Das Monitoring beinhaltet eine Darstellung des bisher Erreichten einschließlich einer Bewertung des Zusammenwirkens mit dem IT-Gipfel. Das Monitoring soll allen Beteiligten als Positionsbestimmung dienen und Impulse für die weitere Arbeit geben.

2. Ergebnisse des Monitorings 2011

Die Umsetzung der IKT-Strategie verläuft erfolgreich. Die Mehrzahl der Maßnahmen ist begonnen worden und befindet sich in unterschiedlichen Stadien der Realisierung.

Das Monitoring zeigt, dass die bisher erreichten Ergebnisse eine gute Basis für die Erreichung der Ziele der Strategie darstellen. In allen Themenfeldern sind Fortschritte erreicht worden. So sind z. B. im Jahr 2011 in der IKT-Branche – lt. BITKOM – rund 10.000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Die Breitbandstrategie ist ein Erfolg und wird fortgeschrieben. Das De-Mail-Gesetz ist seit Mitte 2011 in Kraft. Das For-



schungsprogramm THESEUS steht kurz vor dem Abschluss. Die Projekte der Nationalen E-Government-Strategie sind Impulsgeber für die Modernisierung der Verwaltung. Die neuen CIO-Strukturen, die Umsetzung des „Aktionsplanes Green IT“ und das Informations- und Unterstützungssystem für Telemedizin-Anwendungen sind weitere Beispiele.

Der Nationale IT-Gipfel hat wichtige Impulse für die Erarbeitung der Strategie gegeben. Er leistet wichtige Beiträge bei der Umsetzung. Der IT-Gipfel zeigt dort besondere Wirkung, wo es auf die übergreifende Zusammenarbeit und gemeinsames Agieren von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ankommt, z. B. beim Auf- und Ausbau breitbandiger Hochleistungsnetze, der Gestaltung des Rechtsrahmens für die Telekommunikation, bei der Bewältigung der Anforderungen der IT-Sicherheit und des Datenschutzes,

beim E-Government oder beim Themenfeld E-Health. Der IT-Gipfel hat die Realisierung von Technologieprojekten, z. B. bei Cloud Computing, Internet der Dienste oder E-Energy durch die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen deutlich beschleunigt.

Die zentralen Handlungsfelder der Erklärung des Münchner IT-Gipfels – Leistungsfähiges Breitbandnetz, Intelligente Netze, Digitalisierung der deutschen Industrie, Wachstum durch smarte Technologien, vernetzte und transparente Verwaltung, Vertrauen und Sicherheit – geben wichtige Orientierung für die Weiterführung und Umsetzung der Maßnahmen der IKT-Strategie im Jahr 2012.

Zum 7. IT-Gipfel wird ein Monitoring über die Umsetzung der IKT-Strategie im Jahr 2012 vorgelegt.

Übersicht über Stand der Umsetzung der Maßnahmen der IKT-Strategie 2011

Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
1. Neues Wachstum und Arbeitsplätze durch Digitalisierung			
IKT-Mittelstand, junge Unternehmen und Gründungen	Initiative „Gründerland Deutschland“		
	Gründerwettbewerb – IKT innovativ		
	EXIST-Gründerstipendium		
	Förderprogramm „KMU-innovativ:IKT“		
	Stärkung der IKT-Kompetenz von KMU und Handwerk		
	Weiterentwicklung der GeoBusiness-Wirtschaftskommission		
	Initiative zur Erhöhung der Gebrauchstauglichkeit (Usability) von Anwendungssoftware für Handwerk und KMU		
	High-Tech Gründerfonds II		
	Dialog mit und Unterstützung von jungen IT-Unternehmen über den IT-Gipfelprozess		
Außenwirtschaftsoffensive, digitaler Binnenmarkt	Einbeziehung IKT in die Außenwirtschaftsinitiative		
	Standortmarketing, um Investoren und Talente für Deutschland zu gewinnen bzw. diese zu halten		



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
Offene Standards und Interoperabilität	Aufbau von Testeinrichtungen, die Interoperabilitäts-„tests (IOP-Tests) ermöglichen und der Ermittlung von Maßstäben für Beschaffungsvorhaben dienen		<input type="radio"/>
	Aufbau eines Internet-Portals zum Thema Interoperabilität		<input type="radio"/>
	Unterstützung des Know-how Transfers zu Interoperabilität in andere Staaten		<input type="radio"/>
	Einrichtung einer nationalen Clearingstelle zur Lösung von Interoperabilitätsproblemen		
Digitale Medien- und Kreativwirtschaft	Dialog mit der Branche im Rahmen der Initiative Kultur- und Kreativwirtschaft		<input checked="" type="radio"/>
	Wirtschaftsdialog zur Bekämpfung der Internetpiraterie		<input checked="" type="radio"/>
	Bundespreis „Deutscher Computerspielpreis“		<input type="radio"/>
IKT und Energie	E-Energy – IKT-basiertes Energiesystem der Zukunft		<input checked="" type="radio"/>
IKT für Elektromobilität	Forschungsprogramm „IKT für Elektromobilität“		<input checked="" type="radio"/>
	Forschungsprogramm zum Gesamtsystem Elektrofahrzeug (Schlüsseltechnologien für die Elektromobilität [STROM])		<input type="radio"/>
IKT für Verkehr	Umsetzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Juli 2010 zum Rahmen für die Einführung intelligenter Verkehrssysteme im Straßenverkehr und für deren Schnittstellen zu anderen Verkehrsträgern		<input type="radio"/>
	Erarbeitung eines nationalen Aktionsplanes „IVS-Straßenverkehr“		<input type="radio"/>
	Verkehrsforschungsprogramm „Mobilität und Verkehrstechnologien“		<input type="radio"/>
Cloud Computing	Aktionsprogramm Cloud Computing		<input checked="" type="radio"/>
	Technologieprogramm „Trusted Cloud“		<input checked="" type="radio"/>
2. Digitale Netze der Zukunft			
Breitbandige Hochleistungsnetze	Umsetzung und Fortschreibung der Breitbandstrategie		<input checked="" type="radio"/>
	Forcierung des Auf- und Ausbaus flächendeckender Hochleistungsnetze durch infrastrukturübergreifende Nutzung von Synergien		<input checked="" type="radio"/>
	Realisierung von Modellprojekten für Hochleistungsnetze außerhalb von Ballungszentren		<input checked="" type="radio"/>
	Stärkung von KMU beim Ausbauprozess		<input checked="" type="radio"/>



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
Rechtsrahmen Telekommunikation und Netzneutralität	Umsetzung der europäischen TK-Richtlinien, Verabschiedung der TKG-Novelle Mai 2011		<input type="radio"/>
	Einführung erweiterter Befugnisse zur Schaffung von Transparenzverpflichtungen und Mindestqualitäts- standards im TKG		<input type="radio"/>
	Erhaltung des hohen deutschen und europäischen Standards diskriminierungsfreier Informationsfreiheit		<input type="radio"/>
	Fortsetzung des Dialogs mit gesellschaftlichen Gruppen		<input type="radio"/>
	Monitoring mit Berichtspflichten		
Frequenzpolitik	Sicherstellung bedarfsgerechter Frequenzausstattung für Funkanwendungen		<input type="radio"/>
	Schaffung von Anreizen zur effizienten Frequenz- nutzung (Flexibilisierung, spektrumseffizientere Technologien)		<input type="radio"/>
	Langfristige europäische Strategie zur Technologie- und Diensteneutralität		<input type="radio"/>
	Implementierung der Digitalen Dividende für mobile Anwendungen		<input type="radio"/>
	Potenziale der Entwicklung im terrestrischen Rundfunk- bereich nutzen, insbesondere Digitalradio		<input type="radio"/>
	Harmonisierung von Frequenzen zur Erreichung von Größenvorteilen		<input type="radio"/>
Internet Governance	Neufassung des sog. IANA-Vertrages zwischen ICANN und dem US-Handelsministerium		<input type="radio"/>
	Aktive gestaltende Mitarbeit im Rahmen des „Internet Governance Forum“ (IGF) des VN und in Gremien von ITU, OECD u. a., die sich mit Fragen der Netzpolitik beschäftigen		<input type="radio"/>
Netze des Bundes, Deutschland Online Infrastruktur/Verbindungsnetz	Zusammenführung der Regierungsnetze IVBB und IVBV/BVN in eine gemeinsame Netzinfrastruktur der öffentlichen Verwaltung zur Bereitstellung eines stan- dardisierten Leistungs-/Dienste-Portfolios und einheit- licher Sicherheitstechnologien im Rahmen des Projektes „Netze des Bundes“		<input type="radio"/>
	Weitere Konsolidierung, u.a. durch Integration weiterer Bundesnetze sowie des Verbindungsnetzes in die neue modulare Netzinfrastruktur		
	Zentrale Steuerung der neuen Netzinfrastruktur durch eine Zentrale Service Organisation (ZOS) im Bereich des BMI unter Berücksichtigung einer besseren Kontrolle durch den Bund, einer größeren Unabhängigkeit von einzelnen Unternehmen und einer höheren Sicherheit einschließlich einer besseren Krisenfestigkeit, Wirt- schaftlichkeit und Flexibilität		



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
	Übertragung eines Konzeptes der vom DOI-Verein wahrgenommenen Aufgaben an den Bund		
	Erarbeitung eines Konzeptes zur Einführung und Nutzung von IPv6 in der öffentlichen Verwaltung Deutschlands		
3. Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt			
Sicherheit im Internet	Förderung des Einsatzes vertrauenswürdiger und manipulationssicherer Hardwarekomponenten und der IT-Systeme (Trusted Computing) innerhalb der Bundesverwaltung und in wichtigen Infrastrukturbereichen sowie Mitarbeit in der Trusted Computing Group		
	Bereitstellung von Einsatzempfehlungen für Trusted Platform Module		
	Bereitstellung von Empfehlungen für die Sicherheit von IT-Systemen in wichtigen Infrastrukturbereichen		
	Erarbeitung eines Anreizsystems für den freiwilligen Einsatz sicherer IT-Systemen zum besseren Schutz vor Malware		
	Programm zur Sicherheitsforschung		
	Ausbau des Angebotes des BSI zu Sicherheit im Internet		
	Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger sowie kleiner und mittelständischer Unternehmen		
Datenschutz und Datensicherheit (Schutz der Persönlichkeitsrechte im Internet)	Weiterentwicklung des Datenschutzes im Internet mit dem Ziel, die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung zu stärken		
	Errichtung einer Stiftung Datenschutz		
	Prüfung einer Stärkung der Transparenz der Datenverarbeitung		
Verbraucherschutz im Internet	Einsatz der Bundesregierung auf EU-Ebene für eine Pflicht der Unternehmer zur gesonderten und hervorgehobenen Angabe des Preises in Kombination mit einem verpflichtenden Bestätigungsfeld für Vertragsabschlüsse mit Verbrauchern im Internet (sogenannte Buttonlösung). Eine entsprechende Regelung hat Eingang in die Richtlinie über die Rechte der Verbraucher vom 25. Oktober 2011 gefunden.		
	Prüfung einer innerstaatlichen Regelung zum Schutz vor Kostenfallen		
Digitale Sicherheit: Benutzerorientiertes, sicheres Identitätsmanagement und Schutz vor Identitätsdiebstahl	Förderung der Anwendung des elektronischen Identitätsnachweises im Personalausweises		
	Leitlinien zur Entwicklung, Implementierung und Standardisierung gesellschaftlich akzeptierter und verfassungskonformer Techniken zum elektronischen Identitätsmanagement		



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
De-Mail – Sicherer Austausch elektronischer Nachrichten zwischen Wirtschaft, Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern	De-Mail-Gesetz mit Kabinettsbeschluss vom 14.10.2010 auf den Weg gebracht		●
	Akkreditierung von mindestens fünf De-Mail-Providern auf Basis des De-Mail-Gesetzes bis Ende 2011		
Schutz geistigen Eigentums im digitalen Zeitalter	Weitere Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus und einer wirksamen Durchsetzbarkeit des Urheberrechts		
	Prüfung der Fortentwicklung der Providerhaftung unter Einbeziehung der europäischen Entwicklung u. a. im Hinblick auf die Bekämpfung von Urheberrechts- und Persönlichkeitsrechtsverletzungen		
	Unterstützung der Schaffung eines europäischen Rechtsrahmens für die Tätigkeit von Verwertungsgesellschaften, d. h. → eines europäischen Wahrnehmungsrechts sowie → für die Online-Nutzung von verwaisten Werken		
	Vorlage eines Referentenentwurfes zum „Dritten Korb“ der Urheberrechtsreform in 2011 zur Schaffung eines nationalen Rechtsrahmens für die Nutzung von verwaisten Werken sowie für die Regelung weiterer Fragen des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft		○
	Maßnahmen zur Förderung des gesellschaftlichen Verständnisses für die Bedeutung des kreativen Schaffensprozesses, des geistigen Eigentums und seines kulturellen sowie wirtschaftlichen Wertes		

4. Forschung und Entwicklung für eine digitale Zukunft

Internet der Dienste	Forschungsprogramm THESEUS		●
	Forschungsprogramm SimoBIT		○
Internet der Dinge	Technologieprogramm Autonomik		●
	Initiative „Connected Living“ zur Schaffung offener Standards und Schnittstellen zur Vernetzung im Haushalt		◎
	Nationale Roadmap zu Embedded Systems		◎
	Software Spitzencluster		◎
GRID-Computing/Höchstleistungsrechner	Weiterführung und Ausbau der D-GRID-Initiative		○
	Mitarbeit beim Aufbau der europäischen Grid-Initiative EGI		○
	Förderung der Entwicklung von Software für Höchstleistungsrechner		○
	Mitarbeit beim Ausbau des europäischen Supercomputernetzwerkes PRACE		○
	Fortführung der Gauss-Allianz		○



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
3D-Technologien	Einrichtung eines 3D-Innovationszentrums auf Basis von Ergebnissen des Forschungsvorhabens „PRIME“: Entwicklung und Erprobung neuer Techniken für 3D-Medien für Film, Fernsehen, Industrie		
3D-Systemintegration	Aufbau eines Technologiezentrums zur 3D-Integration (ASSID)		
	Entwicklung von Technologien für 3D-Systemintegration auf Chip- und Komponentenebene		
	Automatisierung des Chipentwurfs		
Leistungselektronik	Entwicklung moderner Leistungselektronik für innovative und energieeffiziente Systemlösungen		
5. Bildung, Medienkompetenz und Integration			
Aus-, Fort- und Weiterbildung	Mobiles berufsbegleitendes Lernen		
	Mediendidaktische Fortbildung für Multiplikatoren in die Aus- und Weiterbildung		
	Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit durch Medienkompetenz bei Jugendlichen		
	Initiative zur technischen Bildung		
	Initiative zur Verbesserung der Medienkompetenz von Kindern „Ein Netz für Kinder“ und den Sicherem Surfraum „fragFINN.de“		
	Nachwuchsförderung für die Elektronik (INVENT a CHIP) und Elektromobilität (DRIVE-E)		
	Bundeswettbewerb Informatik, Informatik-BIBER		
	Weiterbildung nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch		
	Initiative IT 50plus		
	Dialog Internet – Dialog über eine Kinder- und Jugendpolitik in der digitalen Welt		
	Initiative „Ein Netz für Kinder“		
	Jugendkampagne „watch your web“		
	Jugendportal „netzcheckers.de“		
Arbeiten in der digitalen Welt	Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA): Erarbeitung von Gestaltungslösungen für die Nutzung von IKT hinsichtlich der Flexibilität des Arbeitsortes sowie Umsetzungsaktivitäten und Kampagnen für diese Gestaltungslösungen		



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
Digitale Integration	Initiative „Internet erfahren“		<input type="radio"/>
	Ausbau des Angebotes des BSI für Bürger		
	Verfahren zur Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungsfindungen		
	Nationaler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (NAP)		<input type="radio"/>
	Umsetzung der eGovernment-Strategie Teilhabe		<input type="radio"/>
6. Digitale Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen			
E-Government und elektronische Kommunikation mit der Verwaltung	Umsetzung der Projekte aus dem Regierungsprogramm „Vernetzte und transparente Verwaltung“	Eigenes Monitoring (www.verwaltung-innovativ.de)	
	Erarbeitung/Verabschiedung einer Nationalen E-Government-Strategie bis Ende 2010 und Umsetzung ab 2011		<input checked="" type="radio"/>
	Umsetzung der Maßnahme „Pilotierung und Realisierung eines Prozess-Daten-Beschleunigers für den Datenaustausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung“ im Rahmen des IT-Investitionsprogrammes der Bundesregierung bis Ende 2011		<input checked="" type="radio"/>
	Möglichst weitreichende Integration von Informations- und Meldepflichten aus unterschiedlichen Domänen bis 2015		<input checked="" type="radio"/>
IKT in der Bundesverwaltung	Fortführung der durch das Konzept „IT-Steuerung Bund“ etablierten Strukturen in der Bundesverwaltung		
	Stärkung der Beauftragten der Bundesregierung für Informationstechnik		<input checked="" type="radio"/>
	Auf- und Ausbau leistungsstarker IT-Dienstleistungszentren des Bundes		
	Wirtschaftlichere und effizientere Gestaltung von IT-Angebot und -Nachfrage in der Bundesverwaltung		
	Konsolidierung und Standardisierung der IT in der Bundesverwaltung		
	Weiterer Aufbau und Etablierung eines übergreifenden „Enterprise Architecture Managements“ für die Bundesverwaltung		
	Abstimmung und Ausrichtung der Informationstechnik des Bundes an den Verwaltungsprozessen		
E-Justice	Integration des Europäischen Mahnverfahrens sowie der Handels- und Unternehmensregister in das Europäische E-Justice-Portal bis 2013/2014		<input checked="" type="radio"/>
	Vorbereitung der Einführung elektronischer Akten im Strafverfahrensrecht		<input checked="" type="radio"/>



Thema	Maßnahme	Status/ Fortschritt	Beitrag des IT-Gipfels
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz („Green IT“)	Vertiefung des „Aktionsplanes Green IT“		
	Technologieförderprogramm IT2Green		
	Umweltinnovationsprogramm: Förderschwerpunkt „IT goes green“ und Green IT-Beratungsbüro		
	KfW-Sonderfonds Energieeffizienz		
	Umweltkennzeichnung von ökologisch vorteilhaften IKT-Produkten		
	Allianz für eine nachhaltige Beschaffung mit Ländern und Kommunen inkl. Portalen für umweltfreundliche Beschaffung		
eHealth und Demografie	Maßnahmen einer eHealth-Implementierungsstrategie		
	Informations- und Unterstützungssystem für Telemedizin-Anwendungen bereitstellen		
	Sektorübergreifende Interoperabilität von Kompo- nenten und Diensten herstellen		
	Integration von Telemonitoring in bestehende Verwaltungsprozesse ermöglichen		
	Belastbare und anwenderorientierte Rahmenbedin- gungen für weitere e-Health-Anwendungen schaffen		
Deutsche Digitale Bibliothek (DDB)	Schaffung einer zentralen Infrastruktur (Portal, Dienst- plattform usw.) für die Vernetzung von digitalen Inhalten aller Art (Bücher, Bilder, Filme, Noten, 3D-Aufnahmen usw.) aus bis zu 30.000 Kultur- und Wissenschafts- einrichtungen		

Legende:

Darstellung des Status in Form eines Ladebalkens

Darstellung des Beitrages des IT-Gipfels:

- groß (maßgeblich durch Gipfel getragen/initiiert)
- mittel (Begleitung durch den Gipfel)
- gering